

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
für ganz Teutschland 1 Mk. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
3. Monat besonders angenommen: in
Wien, Prag und Pilsen 1/2 Schilling,
Wienburg auf den 1ten Monat
des Quartals 2 1/2 Pf.
Inserate
betr. Veranlagungen 20 Pf.,
betr. Privatangelegenheiten und Geste pro
Zeile 10 Pf.

Vorwärts

Bestellungen
nehmen an alle Postämtern und Buch-
handlungen bei J. u. Neumann, Neudamm.
Hilfs-Organisations-
New-York: Geo. Demer, Genöhrns
Schulbuchdruckerei, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: J. Gosh, 600 North
3rd Street.
J. Hoff, 1129 Charlotte Str.
Chicago: W. Baumbach, 296 Divi-
sion Street.
San Francisco: J. Eng, 418 O'Far-
rell Street.
London: Babbly, 5 Nassau Street,
Middlesex Hospital.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 35.

Mittwoch, 20. December.

1876.

An die Reichstagswähler.

Die gegenwärtige Session ist die letzte des jetzigen Reichstags — die Neuwahlen zum künftigen Reichstage finden bekanntlich am Mittwoch, den 10. Januar 1877, statt.

Wen soll ich wählen, so wird sich jeder wahlberechtigte Reichsangehörige fragen, wen soll ich wählen, da sich doch verschiedene Männer einverstanden damit erklären, eine auf sie fallende Wahl anzunehmen?

Auf diese Hauptfrage wollen wir hiermit Antwort geben: Es kommt gar nicht auf die Person an, welcher die Wähler ihre Stimme geben, sondern auf die Sache, auf die Partei, welche die Männer vertreten, denen wir unsere Stimmen geben sollen.

Und unsere Sache, die wir den Arbeitern, den Handwerkern, den Kleinbauern und auch den niederen Beamten empfehlen, ist die Sache der gedrückten, der nothleidenden Menschen. Wir streben an, daß das Gland mehr und mehr aus der Welt verschwinde, wir wollen, daß jedem Einzelnen sein volles, ganzes Recht werde, wir wirken dafür, daß die kleinen Leute nicht immer von den Großen unterdrückt werden, daß Schwindel und Unrecht, Betrug und Ausbeutung bestraft werden sollen, oder noch besser, daß das arbeitende Volk dermaßen aufgeklärt werde durch freie Schule, freie Presse, freies Wort, daß es nimmermehr den Betrügnern und Ausbeutern zum Opfer fallen kann.

Wir wollen, daß der Ertrag der Arbeit denjenigen zufalle, welche die Arbeit leisten; wir wollen nicht, daß es den Unternehmern, den Grundbesitzern, den Kapitalisten bei geringer, oft kaum nennenswerther Arbeitsleistung ermöglicht werde, den größten Theil des Arbeitsertrages für sich zu behalten und die Arbeiter mit einem oft nicht einmal zur nothdürftigsten Erhaltung der Familie genügenden Lohne abzuspisen.

Wir wollen, daß die Steuern ermäßigt werden, daß nicht der Militarismus dem kleinen Manne seine Söhne auf lange Zeit von der Heimath fortnehme und daß sich nicht die menschenmordenden Kriege in kurzen Zwischenräumen einsünden, ähnlich wie der Wolf, welcher in die Heerden einbricht und das Leben friedlicher Geschöpfe gefährdet.

Wir wollen, daß Frieden herrsche auf Erden; daß die Nationen sich nicht mordeten; daß die Bürger sich nicht gegenseitig im vernichtenden Concurrenzampfe beschden, in welchem fortwährend die niedrigsten menschlichen Leidenschaften: „Haß, Neid und frevelhafte Selbstsucht“ auf der Wildbläthe erscheinen; daß die Reichen nicht die Armen immerwährend übervotheilen.

Wir wollen, daß volle Gerechtigkeit auf Erden walte, daß die Freiheit des Einzelnen, so weit sie der Gesamtheit nicht nachtheilig ist, völlig gewährleistet werde, daß die Gleichheit herrsche in solcher Ausdehnung, daß alles Vorrecht unmöglich gemacht wird und die Brüderlichkeit einziehe unter die Menschheit, jene sittliche Kraft, welche die Nächstenliebe nicht nur zum höchsten Gebot macht, sondern sie auch in Wirklichkeit einführt.

Weil wir die Freiheit, die Gleichheit und die Brüderlichkeit wollen — deshalb bekämpfen wir die selbstsüchtige Gesellschaft, die kein höheres Gebot kennt, als: Liebe Dich selbst über Alles! und die Angesichts dieses Gebots nichts nach den Leiden anderer Menschen fragt.

Und was wollen denn unsere Gegner, mögen sie sich conservativ, liberal oder fortschrittlich nennen?

Sie wollen die gegenwärtigen Zustände in Staat und Gesellschaft aufrecht erhalten. Sie wollen, daß die Söhne des Landes drei Jahre im activen Dienst verbleiben und daß die Männer mit Leib und Leben bis zum 42. Lebensjahre der Kriegesgefahr ausgelegt sind. Sie wollen, daß das wirtschaftliche System von heute aufrecht erhalten bleibe, daß es immerdar Schwelgende einerseits und Hungernde andererseits gebe — sie nennen solches eine natürliche Ordnung, als ob solche Ungleichheit, welche die äußerste Unordnung in der Gesellschaft bedingt, sich Angesichts des hochentwickeltesten Geisteslebens der Menschheit heute noch irgendwie entschuldigen oder als unabänderlich bezeichnen lasse.

Nein, tausendmal nein! Die treibende Kraft im Leben der Völker kann und wird nie und nimmermehr zu Gunsten der herrschenden, aber alle Genusmittel verfügenden Minderheit abgeben, sie muß vorwärts streben, soll jemals ein Ausgleich zwischen Rechten und Pflichten aller Volksangehörigen erfolgen. Wer dies bestrittet, ist für Stillstand, für Rückschritt, ist für Erhaltung der heute herrschenden Uebel, für Ausbeutung, Geschäftsgriffen, Krieg — kurz für das schrankenlose Walten der Selbstsucht.

Doch wer ist berufen, die bestehenden Uebel auszumergen, wer hat die Kraft dazu? Das Volk allein, das gesammte arbeitende Volk kann helfen, Arbeiter in Stadt und Land, die Kleinbauern, die Handwerker, die kleinen Beamten, sie können solchen Zuständen ein Ende machen!

Aber nicht die Massengewalt rufen wir an, nein, der Weg des Rechts soll beschritten werden. Das arbeitende Volk soll auf die Befehgebung mehr Einfluß gewinnen — denn durch die Weise kann der Egoismus, die Klassenherrschaft geschwächt, aber auch gestürzt werden.

Die Männer der Arbeit sollen bei den nächsten Reichstagswahlen ihres Gleichen in den Reichstag wählen, welche da wissen, wo das Volk der Schuh drückt!

Wohl sind in der letzten Legislaturperiode neue Vertreter der Arbeit in den Reichstag entsandt; sie haben auch im Hinblick darauf, was eine so geringe Anzahl vermochte, ihre volle Schuldigkeit gethan; aber sie konnten unmöglich das leisten, was wir für die Sache der Arbeit und des Rechts für nothwendig halten und oben angedeutet haben. Deshalb muß die Zahl der sozialdemokratischen Arbeiter-Abgeordneten verdoppelt, verdreifacht werden.

zum Schutze der Arbeit, zum Schutze der Nothleidenden und des so oft verletzten Rechtes.

Die Regierungsmänner und Kapitalisten sehen dies allerdings nicht gern; sie möchten, daß wir abließen und nur Männer in den Reichstag schickten, die vor Herrn von Bismarck einen Büchling machten und alle Forderungen, alle Geldforderungen der Regierung bewilligten.

Doch ein freier selbständiger Staatsbürger soll sich nicht bevormunden lassen, er soll nach seiner Ueberzeugung wählen zum Besten der Gesamtheit!

Ein Sklave ist der, der sich seine Ueberzeugung rauben läßt! Soldat werden, Steuern zahlen und Maul halten — das ist die Parole unserer conservativen und fortschrittlichen Gegner, selbst wenn sie sich auch zuweilen und besonders vor den Wählern ein vorkühnliches Mäntelchen umhängen und obige Parole kommt oft genug querverhüllt zum Vorschein. — Dieser Parole aber kann ein freisinniger Mann nicht folgen.

Unsere Parole aber lautet: Verminderung des Militärs, Verkürzung der Dienstzeit, Volkswehr, Verringerung der Steuer und freie Meinungsäußerung in allen Dingen — dann aber Ertrag der Arbeit für den, dem als Arbeitenden der Ertrag gebührt und nicht den Ausbeutern und Schwindlern.

Diejenigen also, welche mit der obigen Parole des Volkes, des nach Freiheit und Recht ringenden Volkes, einverstanden sind, sie werden und müssen die von der sozialistischen Partei aufgestellten Candidaten wählen.

Diejenigen aber, welche die Unfreiheit und Ausbeutung, Steuergraben ohne Ende, Militarismus und Krieg innerhalb und außerhalb des Landes wollen, diese mögen getrost gegen die Sozialdemokratie stimmen.

Gleiche Noth und gleiches Interesse, gleicher Trieb zur Freiheit und Gerechtigkeit verbündet aber die Arbeiter und Kleinbürger, und diesen Bund müssen sie am 10. Januar an der Wahlurne betheiligen.

Das Reichswahlgesetz

in seinen hauptsächlichsten Bestimmungen.

§ 1. Wähler für den Reichstag des deutschen Reichs ist jeder Deutsche, welcher das 25. Jahr zurückgelegt hat, in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hat.

§ 2. Für Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen so lange, als dieselben sich bei der Fahne befinden.

§ 3. Von der Berechtigung zum Wählen sind ausgeschlossen:

- 1) Personen, welche unter Vormundschaft oder Curatel stehen.
- 2) Personen, über deren Vermögen Concurs- oder Fallit-zustand gerichtlich eröffnet worden ist und zwar während der Dauer dieses Concurs- oder Fallitverfahrens.
- 3) Personen, welche eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln beziehen, oder im letzten der Wahl vorhergegangenen Jahre bezogen haben.
- 4) Personen, denen in Folge rechtskräftigen Erkenntnisses der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte entzogen ist, für die Zeit der Entziehung, sofern sie nicht in diese Rechte wieder eingesetzt sind.

Ist der Vollgenuß der staatsbürgerlichen Rechte wegen politischer Vergehen oder Verbrechen entzogen, so tritt die Berechtigung zum Wählen wieder ein, sobald die außerdem erkannte Strafe vollstreckt oder durch Begnadigung erlassen ist.

§ 4. Wählbar zum Abgeordneten ist im ganzen Reichsgebiete jeder Deutsche, der wenigstens 25 Jahr alt ist und einem zum Reiche gehörigen Staate seit mindestens einem Jahre angehört hat, sofern er nicht durch die Bestimmungen in dem § 3 von der Berechtigung zum Wählen ausgeschlossen ist.

§ 5. In jedem Bezirke sind zum Zwecke der Wahlen Listen anzulegen, in welche die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort eingetragen sind.

Die Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu Jedermanns Einsicht auszulegen und ist dies zuvor unter Hinweisung auf die Einspruchsfrist öffentlich bekannt zu machen. Einsprüche gegen die Listen sind binnen acht Tagen nach Beginn der Auslegung bei der Behörde, welche die Bekanntmachung erlassen hat, anzubringen und innerhalb der nächsten 14 Tage zu erledigen, woraus die Listen geschlossen werden. Nur diejenigen sind zur Theilnahme an der Wahl berechtigt, welche in die Listen aufgenommen sind.

§ 6. Die Wahlhandlung, sowie die Ermittlung des Wahlergebnisses (Stimmzettelauszählung) sind öffentlich.

Nur solche Personen können die Funktion der Vorsteher, Beisitzer und Protokollführer bei der Wahlhandlung in den Bezirken und der Beisitzer bei der Ermittlung des Wahlergebnisses ausüben, welche kein unmittelbares Staatsamt bekleiden.

§ 7. Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte, in eine Wahlurne niederzuliegende Stimmzettel ohne Unterschrift ausgeübt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußeren Kennzeichen versehen sein.

§ 8. Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Candidaten, welchem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung (Druck) zu versehen.

§ 9. Die Wahl ist direkt. Sie erfolgt durch absolute Mehrheit der in einem Wahlkreis abgegebenen Stimmen. Hat kein Candidat die absolute Mehrheit, so ist nur unter den zwei Candidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben.

§ 17. Die Wahlberechtigten haben das Recht, zum Betrieb der den Reichstag betreffenden Wahlangelegenheiten Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen unbewaffnet öffentliche Versammlungen zu veranstalten.

Die Bestimmungen der Landesgesetze über die Anzeige der Versammlungen und Vereine, sowie über die Ueberwachung derselben, bleiben unberührt.

National-Ökonomisches.

Ein Vortrag, gehalten in der Gesellschaft für wissenschaftliche Unterhaltung in Siegburg, Ende 1869.

I.

(Schluß.)

Die fortgeschrittenste Form organisirter Arbeit ist die moderne, die kapitalistische. Sie beginnt im 16. Jahrhundert aus der Geschichte emporzukommen, aus der feudalen Arbeit sich zu entwickeln. Das günstig gelegene England hatte das Vorrecht, das erste in der Länderreihe zu sein, wo sich die Arbeit kapitalistisch organisirte. Allerdings hatte in Italien, Spanien und den Niederlanden die Arbeit schon früher angefangen, sich dieser Form zu entwickeln, auch mag sein, daß irgend ein Italiener oder Holländer vorher schon die Ökonomie studirt, aber klassische Bedeutung erlangte die Sache zuerst jenseit des Kanals. Wir sehen die Wissenschaft der politischen Ökonomie gleichzeitig mit der Schlacht entstehen, welche das Kapital gegen den Feudalismus schlug, mit der englischen Revolution. Jedoch war erst der moderne, speziell der deutsche Sozialismus berufen, die Ökonomie auf ein wahrhaft wissenschaftliches Fundament zu stellen, ihren dunkeln Kern durchsichtig zu erbellen. Die bisherigen Ökonomen suchten ihre Entdeckungen in theologischer Form als ewige Wahrheit geltend zu machen. In ihrer kapitalistischen Tendenz befangen, sahen sie keine anderen Tendenzen neben sich. Die spezielle Ökonomie ihrer Zeit ist ihnen die Ökonomie überhaupt. Sie verkennen das vergängliche, das lebendige, das historische Element. Adam Smith glaubt, daß Staat und Mensch ewig bestimmt seien, seinen ökonomischen Dogmen nachzuleben. Marx weist umgekehrt nach, daß die Ökonomie den Menschen dient und nicht nach ewigen Wahrheiten, sondern nach zeitlichen umgewandelt wird.

In der feudalen, gut katholischen Zeit des Mittelalters war der Grund und Boden das wesentliche Instrument für die Erzeugung der materiellen Lebensbedürfnisse oder Glücksgüter. Die menschlichen Arme waren im feudalen Grundeigenthum einbezogen, gehörten dazu. Die Besitzer des Grundeigenthums waren die herrschenden ökonomischen Mächte. Sie erlaubten der anderweitigen Industrie nur ein passives (im Vorübergehen) zu gedeihen. Und doch gedieh die Industrie bis zur Empörung, bis sie sich gegen die Herrschaft des Grundeigenthums auflehnte. Sie bedurfte nun der menschlichen Arme. Der Leibeigene und Hörige mußte befreit werden. Die Hussiten und die Reformatoren Martin Luther, Thomas Münzer, Franz von Sickingen, Oliver Cromwell, Napoleon Bonaparte waren Agenten des aufstrebenden Kapitals.

Es ist bekannt, daß man erst in neuerer Zeit angefangen hat, nicht mehr die Reihenfolge der königlichen Herrscher, ihre Schlachten und Raufereien, sondern die menschliche Kultur als den wahren Inhalt der Geschichte zu betrachten. Und wieder hat man angefangen, die Kultur nicht mehr zu suchen in der Entwicklung unseres Bewußtseins. Man hat angefangen, zu verstehen, daß die Ideen des Guten, Schönen, Rechts, der Freiheit, Humanität u. s. w. von den realen zeitlichen Verhältnissen der menschlichen Gesellschaft modifizirt worden sind. Der wesentliche Faktor der menschlichen Gesellschaft, das was sie hauptsächlich beschäftigt, was sie treibt und bindet, ist die Ökonomie der Arbeit, die Produktion der materiellen Lebensbedürfnisse. Wenn Sie nun mit mir einverstanden sind, daß diese Güter, wie ich glaube vorhin nachgewiesen zu haben, wohl mittels der Einzelwirtschaft, aber dennoch gesellschaftlich erzeugt und consumirt werden, wenn zugestanden werden muß, daß die menschliche Gesellschaft zu einer Produktiv-Genossenschaft herangewachsen, daß die Arbeit organisirt ist, und auf der andern Seite, daß dieser Genossenschaft das Central-Organ, der Organisation das Bewußtsein fehlt, so folgt daraus klar, daß wir eine kopflose Wirtschaft treiben.

In dieser Kopflosigkeit, in dem Mangel an Bewußtsein, mit dem die soziale Ökonomie sich bisher gefaltet hat, ist wohl eine Verurteilung, zugleich aber auch die Rechtfertigung vergangener Formen enthalten, welche zu verurtheilen wir heute so gern geneigt sind. Ebenso wenig wie heute alle Menschen Rentiers oder Aktienhaber sein können, weil dann die Arbeiter fehlten, welche die Güter erzeugen, die jene verzehren, ebenso wenig konnte in der alten Welt die große Masse des Volks aus freien Athenern oder Römern bestehen. Die antike Sklaverei war eine Organisation der Arbeit, welche der antiken Welt ihre Kultur ermöglichte. Diese Kultur diente der Nachkommenschaft als Fundament, auf dem sie die viel bewunderte moderne Gesittung aufrichten konnte. Um den Juden die Reinlichkeit anzueingewöhnen, zwang sie Moses mit dem Gesetz, sich zu waschen. So lange der Volksmasse die Einsicht fehlt, ist der Zwang, welcher ihr von Einzelnen angethan wird, eine Cultur-Nothwendigkeit. Die Zwangsarbeit der Sklaverei war zur Zeit das einzige Mittel, die Arbeitskraft der Barbaren nutzbar zu machen. Man mag nun erwidern, daß, wenn es auch zweckmäßig, es doch nicht gerecht war, die Arbeitskraft Anderer zwangsmäßig auszunutzen, daß Niemand das Recht hat, dem Andern, dem Volke Gewalt anzuthun. Es widerspricht das allerdings der Idee der

Wirtschaftsberechnung kann nicht die Voraussetzung, sie kann nur das Resultat der geschichtlichen Kultur sein. Freiheit und Gleichberechtigung sind der Menschheit nicht angeboren, sind eine angeborene Menschenrechte, sondern wollen erworben sein. Der erste, der älteste, der größte Zwingherr ist die unaktivirte, unverständende Natur. Um sie zu beistimmen, müssen wir uns organisieren. Die Sklaverei war eine vorübergehende Interimslösung, um mittels derselben die Natur im Interesse der Menschheit wirtschaftlich auszubeuten. Das die nächste Ausbeute nicht der Menschheit, nicht dem Volke, sondern seinen Drängern und Treibern, den Einseitigern und Machthabern, zu gut kam, darf uns nicht abhalten zu erkennen, daß mittels der Aristokratie die Demokratie groß gezogen wurde und werden mußte, daß, obgleich auch die Masse vom Genuße ausgeschlossen war, doch der Genuß der geschichtlichen Entwicklung ihr nicht hat entwendet werden können. Bei der Sklavenarbeit gehört das Produkt dem Machthaber, aber die Verbesserung der Arbeitsinstrumente und der Arbeitsmethode, welche sie gegenüber der vereinzelt oder auch der Familienarbeit notwendig zur Folge hatte, verblieb der Menschheit. Die verbesserten Instrumente und Methoden der Arbeit, die große moderne Produktivkraft bildet das Kapital, dessen Zinsen die Machthaber allein verzehren, dessen „Stod“ aber der Menschheit gehört, oder vielmehr unvermeidlich ihr schließlich als Erbe zuzufallen muß.

Wenn Sie, meine Herren, von untern gegenwärtigen Verhältnissen einen Augenblick absehen wollen, werden Sie unbestreitbar finden, daß der materielle Reichtum von der Mehrzahl erschaffen, aber seit dem Anfange der geschichtlichen Entwicklung noch niemals von der Mehrzahl genossen wurde, daß Reichtum und Genuß den Einzelnen, den Führern oder Machthabern gehören, welche das Volk ausbeuten. Diese Thatsache wird um so unbestrittener angegeben, wenn wir sie auf vergangene Zeiten beschränken, weil dort die lebendigen Interessen nicht mehr in's Spiel kommen. Zugleich gilt es dabei anzuerkennen, daß die bisherige Wirtschaft das unentbehrliche Mittel gewesen ist, die wirtschaftliche Kraft des Volkes, die produktive Kraft der Arbeit zu entfalten. Wenn Sie absehen wollen von dem ideologischen Nimbus, der sich dem Worte „Freiheit“ angehängt hat, so ist nicht zu leugnen, daß vom freien wilden Jägerwolf bis zum unterjochten Sklaven ein Fortschritt stattgefunden hat. Augenscheinlich ein wirtschaftlicher, in der That aber auch ein humaner. Ich habe mit leiblichen Augen gesehen, was sich dem Vorurtheilsfreien von selbst versteht, daß die Unterjochung des Menschen durch die rücksichtslosen Naturkräfte eine inhumanere ist, als die Unterjochung des Menschen durch den Menschen, daß die Härten und Leiden des vereinzelt Menschen, des wilden Jägers viel schrecklicher sind, als die Härten und Leiden der Sklaverei, welche ihn wenigstens gegen die schrecklichste Noth sicher stellen.

Dem Sklaven zum Hörigen ist ein wirtschaftlicher und humaner Fortschritt, der keiner weiteren Erläuterung bedarf. Noch weniger dürfte es nötig sein, nachzuweisen zu wollen, daß die Kulturgeschichte fortschritt, als sie den feudalen, an die Scholle gebundenen Arbeiter in den modernen sogenannten „freien Arbeiter“ verwandelte. Dagegen möchte ich, wenn Sie erlauben, in einem künftigen Vortrage den Nachweis versuchen, daß die moderne Freiheit des Arbeiters, wenn auch ein wirtschaftlicher und humaner Fortschritt, doch noch bei weitem nicht die Idee der humanen Gerechtigkeit erschöpft oder realisiert.

Für heute sei noch darauf hingewiesen, wie die Entwicklung der spekulativen Philosophie mit der sozialen Ökonomie zusammenhängt. Die Schüler Hegels sind bei dem Satze angekommen, daß, wenn unsere Ideen auf reale Wahrheit oder positive Wissenschaft Anspruch machen wollen, sie nicht präntendieren dürfen, der Wirklichkeit, der Empirie, der Erfahrung voranzugehen, Wegweiser zu sein, wie das z. B. die Ideen der Gerechtigkeit, der Freiheit, der christlichen Brüderlichkeit vereint haben. Diese Ideen waren bisher, wenn auch schöne, verlockende, so doch immerhin nur Phantasmen, die sich nicht realisieren konnten, weil ihnen die materielle Unterlage, der wirtschaftliche Reichtum fehlte. Die religiöse Brüderlichkeit konnte sich irdisch nicht verwirklichen, so lange die Erzeugung der Lebensmittel die Herrschaft des Menschen über den Menschen erheischte. Der Wunsch nach politischer Freiheit ist phantastisch, so lange die Menschheit von der Natur zum Sklavendienste anstrengender Arbeit gezwungen ist. Erst nachdem sich die positive Wissenschaft, die Physik, die Mechanik, die Chemie des Arbeitsprozesses befreit hat, erst nachdem die Arbeitsinstrumente so vollkommen sind, daß die menschliche Arbeit dabei zur Nebensache herabsinkt, ihr nur noch die Kontrolle über eine Arbeitsmaschine bleibt, die unermessliche Reichtümer automatisch erzeugt, erst auf einem solchen Standpunkte wirtschaftlicher Kultur kann die Kultur der Menschlichkeit aufhören Ideologie zu sein und einen realen Charakter annehmen. Ja, meine Herren; materieller Reichtum ist

die Bedingung der idealen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Jeder politische Fortschritt war bisher bedingt von vorhergegangenen wirtschaftlichen Fortschritten. Die Umschiffung des Kaps der guten Hoffnung, die Expedition eines Columbus, Cortez und Pizarro, oder vielmehr deren Folgen, der unerhörte Aufschwung des Handels verjag zunächst die günstig gelegenen Staaten, Holland und England, mit einer solchen Gütermasse, einem Produktreichtum, den die damaligen feudalen Verhältnisse zu konsumieren vermochten. Die feudalen Einrichtungen, welche einst förderliche Mittel der Bewirtschaftung gewesen, wurden der Produktivkraft der neueren Zeit gegenüber zu Fesseln. Diese Fesseln mußten gesprengt werden. Die Produktion bedurfte der Freiheit. Ihrer Meinung nach waren die englischen Independenten von der Bibel veranlaßt, den angestammten König zu entthronen. In der That aber waren die idealen Phrasen ebenso wie ein Jahrhundert später der „Rechtsstaat“ des deutschen Liberalismus nur ideologische Hirngespinnne für ganz reale wirtschaftliche Bedürfnisse. Was die Independenten Bibel, was die Girondisten Römerthum, was die Fortschrittspartei Rechtsstaat und nationalen Patriotismus, das nennt sich in der nächsten Wirklichkeit: Entwicklung der internationalen Produktivkraft.

Weil eben diese internationale Wirtschaft, wie eben nachgewiesen, koplos ist, weil sie sich unbewußt gestaltet hat, darum mußte sie im Bewußtsein der Menschen sich verkehrt darstellen. Insofern hängt die Lehre vom Bewußtsein, die Philosophie mit der Ökonomie zusammen. Der bisherige Fortschritt beruht auf dem Unbewußten. Nicht der Geist, sondern die Materie hat geherrscht. Allerdings ist sie, die Herrscherin, nur mächtig geworden durch den Diener Geist, der anfängt sich gegen das Knechtichkeits-Verhältnis aufzulehnen. Die Entwicklung des Menschengeschlechts besteht im großen Ganzen darin, daß der Geist mächtig wird über die Widerwärtigkeiten der Natur und somit die Materie unserem Bedürfnis dienstbar macht. Das Mittel dieses Zweckes ist die Hand, die der Mensch dem Menschen reicht, ist die Verbindung der Individuen, der Völker, der Generationen. Das Mittel ist die genossenschaftliche Arbeit im weitesten Sinne des Wortes. Daß die geistige Arbeit, die Wissenschaft genossenschaftlich betrieben ist, hat Niemand verkannt. Man hat aber inwieweit die Wissenschaft überhäuft, als man sie mit der Kultur identifizierte. Während sie Mittel ist, ist die reale Arbeit, die materielle Ueberwindung der Naturwiderwärtigkeiten letzter Endzweck der Kultur. Diese reale Arbeit nunmehr freiwillig oder bewußt genossenschaftlich organisieren zu wollen, das ist eine Auflehnung des Geistes wider sein bisheriges Knechtichkeits-Verhältnis zur Materie, das ist die Empörung der Arbeit wider das Kapital. J. Diehgen, Vohgerber.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Kosten der Reichswirtschaft. Mit der gleichen Ueberschrift befindet sich in einer der letzten Nummern des „Vorwärts“ ein Artikel, in dem dargelegt ist, in welcher Weise seit der Errichtung des deutschen Reichs in Baiern die Staatskosten gestiegen sind, und daß diese Steigerung hauptsächlich durch die Militärwirtschaft herbeigeführt ist. Gedachter Artikel und namentlich die in demselben ausgesprochene Befürchtung, daß sich in andern Bundesstaaten das Verhältnis wohl kaum günstiger gestalten würde als in Bayern, gab Veranlassung zu einer Vergleichung des gegenwärtigen Budgets des Königreichs Sachsen mit dem früheren. Das Resultat ist, wie nachstehende Zusammenstellung zeigt, leider eine Bestätigung der oben angeführten Befürchtung.

Nach den Finanzgesetzen betragen jährlich	
	ordentl. Ausgaben: außerordentl.
Für d. Finanz-Per. 1861/63	9,750,180 Thlr. 2,597,172 Thlr.
„ „ „ 1864/66	13,658,984 „ —
„ „ „ 1867	13,658,984 „ 7,017,340 „
„ „ „ 1868/69	13,371,057 „ —
„ „ „ 1870/71	12,648,594 „ 3,980,000 „
„ „ „ 1872/73	13,752,919 „ 13,010,186 „
„ „ „ 1874/75	16,097,507 „ 13,884,626 „
„ „ „ 1876/77	53,856,977 Mfr. 82,523,907 Mfr.
sind in Aussicht genommen:	
Für die Finanz-Periode 1861/63	12,356,352 Thlr.
„ „ „ 1864/66	13,658,984 „
„ „ „ 1867	20,676,333 „
„ „ „ 1868/69	13,371,057 „
„ „ „ 1870/71	16,628,594 „
„ „ „ 1872/73	26,763,105 „
„ „ „ 1874/75	29,982,133 „
„ „ „ 1876/77	— „
sind in Aussicht genommen: 136,380,484 Mfr.	

(Anmerkung. Die Zahlen sind aus den Bekanntmachungen im Gesetz- und Verordnungsblatte zusammengestellt. Die außerordentlichen Beträge sind daselbst nicht für jedes Jahr besonders, sondern insgesammt für die ganze Periode angegeben; hier ist die jährliche Durchschnittssumme angenommen worden.)

Während also in den Jahren 1861—1869 die Gesamt-Ausgaben nicht einmal die Summe von 14 Millionen Thaler erreichten (mit Ausnahme des Jahres 1867, in welchem die Folgen des 1866er Krieges die Nachbewilligung der unter den außerordentlichen Ausgaben aufgeführten 7,017,349 Thlr. veranlaßten) und in den ganzen neun Jahren nur um wenig über 1 Million Thaler gestiegen waren, weiß schon die Finanzperiode 1870/71 eine Zunahme von über 3 Millionen Thalern auf, 1872/73 hat sich das Budget gegenüber 1869 bereits verdoppelt und in den Jahren 1876/77, also in sieben Jahren, mehr als verdreifacht. Da ist es natürlich kein Wunder, wenn die Vermehrung der Staatsschulden und neue Steuern nötig werden. Leider ist aus dem bekanntgemachten Finanzgesetze mit Nachträgen nicht ersichtlich, zu welchen Zwecken die Ausgaben gemacht worden sind. Wir brauchen aber nur auf die colossalen Kasernen- und andere dergleichen Bauten zu blicken, der fortwährenden Neuerungen im Militärwesen und der Eisenbahnankäufe zu gedenken, um zu erkennen, daß die Lasten eben nur infolge der Reichswirtschaft auf und gewälzt werden. Denn selbst die Eisenbahnankäufe können nicht davon ausgenommen werden, da sie bekanntlich nur eine Folge des aus strategischen Rücksichten angeregten Reichseisenbahnprojektes sind.

Was die ordentlichen (laufenden) Ausgaben an sich betrifft, so sind dieselben, wie aus obiger Tabelle ersichtlich, seit dem Jahre 1869 um beinahe 14 Millionen Mark gestiegen; also erst seit wir mit dem deutschen Reiche gesegnet sind. Ob die Steigerung der Ausgaben so fortgehen wird? Wir zweifeln nicht daran; denn schon die neuen Staatsschulden allein bedingen durch ihre Verzinsung eine Vermehrung der Lasten. Das Volk aber kann die Bedrückung nicht abweiden; es muß aussetzen, was die Andern „oben“ eingebrockt haben.

— Im Anschluß an die Notiz über die Steigerung der Ausgaben des Königreichs Sachsen geben wir einen anderen Vorgang für den gleichen Vorgang betreffs des Budgets der Stadt Berlin. Diese Stadt hat sich in der liberalen Ära seit 1866, wo die Ausgaben in runder Summe 12,800,000 Mfr. betragen innerhalb zehn Jahren zu der colossalen Summe von 119,273,150 Mfr. emporgeschwungen, das bedeutet eine Vermehrung von 107 Millionen!

— Was der Bundesrath im Schweigen leistet. Die Verhandlung im Bundesrath über Besichtigung der Pariser Ausstellung zeichnete sich, wie der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben wird, durch ihre lakonische Kürze aus. Der Präsident des Reichskanzleramts, Staatsminister Hofmann, machte die Mittheilung, daß der Ausschuss sich gegen amtliche Theilnahme an der Besichtigung der Ausstellung erklärt hätte. Es meldete sich Niemand zum Worte. Darauf fragte derselbe weiter, ob ein Vertreter irgend eines deutschen Staates von seiner Regierung beauftragt sei, in der Sache eine Mittheilung zu machen. Es folgte wieder tiefes Schweigen. Darauf bemerkte der Staatsminister Hofmann: Nach dieser Erklärung (?) ist also die Besichtigung der Pariser Ausstellung seitens des Deutschen Reiches abgelehnt.

Punktum! Der Reichstag mag sich den Bundesrath zum Muster nehmen — wozu das viele Reden, wo schließlich doch nur ja gesagt oder genickt wird und werden darf?

— Laßt die Hunde los! würden am liebsten die reichsfreundlichen Chauvinisten rufen, wenn der Sozialist Propaganda zu machen sucht für seine Partei. Bientlich ähnlich ruft die Nr. 290 des „Saalfelder Kreisblatt“, indem sie berichtet, daß ein Parteigenosse Namen für eine Liste in unserem Sinne sammelt habe, und hinzufügt: „Wir brauchen wohl nicht erst noch besonders zu sagen, wie man einem solchen „Eindringling“ zu begegnen hat.“ Diese Entrüstung über eine harmlose Namensammlung! Wir müßten unendlich viel Zeit haben, wollten wir alle Professionen aufzählen, welche seitens der Gegner, seien sie Regierungs- oder Polizeiorgane, Arbeitgeber und andere Leute, verzeichnen oder gar Winke für Gegenmaßnahmen geben! Wer wehrte den Leuten, zu denen der Namensammler kam, ihre Unterthänigkeit zu versagen? Die Art und Weise unserer Agitation kann ohne Scheu den Vergleich mit der der Gegner aushalten. Wie geringfügig sind die Anlässe, an welchen die Gegner ihre Tadelwuth üben; wie zahlreich und zum Theil haarsträubend sind die unrechtmäßigen Verleumdungen, welche Jene ansetzen.

— Polizistenhumanität. Die „Berliner Freie Presse“

Die drei deutschen Reichschächerer.

(Schwarz-roth-weiß.)

Zuerst kommt doch das Laskerlein —
Der Mund so groß, der Mann so klein;
Das Haar ist schwarz nach Väter Art,
Schwarz-weiß gesprengelt ist der Bart,
In Schwarz-roth-weiß ist er vernarrt.

Und Bamberger, der große Held
Stritt muthig auf Volandens Feld;
Roth war sein Sinn, roth war sein Haar —
Doch rother Sinn und rothes Haar,
Sie schwinden beide ganz und gar.

Der Dritte tritt nun auch hervor:
„Berliner Blau, Herr Jidor!“ —
Herr Stieber nennt ihn Communist,
Doch unschuldsweiß sein Haupt jetzt ist,
Dem Bismard er die Stiefeln küßt.

Die Drei, sie sind des Reiches Schmutz —
Und jeder soll ein Kamelud,
So streiten sie für Deutschlands Wohl
Und bau'n im Reichstag ihren Kuhl — — —
Dah sie doch bald der Teufel hol!

äußere Politik zu interpellieren; thut es nämlich ja Einer, so reißt er ihm (laut Hans Blum) Kopf, Arme und Beine aus und wirft den Kumpf verächtlich in die See.“ Da ist es denn auch begreiflich, daß die Auserwählten selbst beim Glas Bier derartige Fragen nicht riskieren. Diesmal aber war es ihm unangenehm, daß man nicht fragte. Es scheint, er wollte auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege seine Meinungen der Colportage übermitteln wissen. Da mußte er wohl schließlich „selbst ranrücken.“ Natürlich war die Antwort: „Ja, wenn Sie darüber sprechen, Durchlaucht, so hören wir bis 2 Uhr zu!“

Das glaub' ich gern! Bangt und zagt doch das ganze deutsche Volk in Ungewißheit, was Deutschland, d. h. Er thun wird in diesen schweren Zeitläufen. Sie hatten natürlich auch gezappelt vor Neugierde, und es müßte ein Bild geben für den Fiesel eines Kubens, Kessbrandt oder Kaffal, diese von den verschiedenartigsten Empfindungen bewegten Gesichter. Der Bericht fährt fort:

„Darauf konstituirte sich ein gemüthliches Tabaks-Collegium. „Er“ klopfte sich seine lange Pfeife und ließ sich dann mit jener berühmten Offenheit, die er so schön in der Gewalt hat, in der gemeibeten Weise über die weltbewegende Frage aus.“

Hört, hört! Ist das nicht Bismardbeleidigung? Wird Er nicht hier zum politischen Schauspieler und Heuchler gestempelt, der „jene berühmte Offenheit so schön in der Gewalt hat!“ Die Weisrauchwolken, Schein's, haben den Verstand des Priesters unseres großen Staatsmannes so bezaubelt und geschädigt, daß er in seinem Organismen sich dem Staatsanwalt und Strafantrag anseht. Wir glauben, Er wird auch oft sagen: „Gott bewahre mich vor meinen Freunden!“

Bei der geschilderten Erzählung ist übrigens auch vom Fürst Reichs-Kanzler das Wort gefallen, daß die Aufhebung des Zeugniszwanges „unannehmbar“ sei, ein Wink für seine Gäste zur Beherrschung bei der dritten Lesung.

— Als Herr Schenck am vorigen Dienstag seine wohlkinstudirte Rede über die Handelspolitik des Reichs vom Stapel ließ, passirte ihm ein kleiner Unfall. Er hatte sich gerade in das höchste Kathos hinaufgearbeitet und besamirte, mit langgerechten Gesticulationen, den chauvinistischen Paradesatz bestrickend: „Handelten wir anders, so würde das langstverwahrte Bild des deutschen Reichs, der Alles über sich erheben läßt, wieder aufleben.“ Da tänzte ihm aus der Sozialistenecke

plötzlich die Arme sinken, blickte mit dem Ausdruck unbeschreiblicher Verdrußheit seinen alten Freund Liebnecht, der ihm das ominöse Wort zugerufen, ins Gesicht und machte eine sehr bedenkliche Naturpause. Es war, wie wenn ihm ein Strahl eiskalten Wassers über den Schädel gegossen worden wäre, nur mit Mühe fand er den Faden wieder, um den Redefluß und die patriotische Begeisterung aber war's für den Tag geschehen.

— Ein Denunziant auf der Anklagebank. Der Bürgermeister Brenner aus Oberberg, ein Mann von 66 Jahren und mit dem Rothen Adlerorden bedecrt, welcher seit 18 Jahren die Gemeindeangelegenheiten dieses Städtchens leitet, auch Mitglied verschiedener wichtiger Kreis- und Bezirks-Commissionen in Steuer-, Feuer-, Militär- und Oberberg'schen Reliorationsachen etc. war, befand sich auf der Anklagebank wegen Veruntreuungen im Amte, namentlich wegen unrechtmäßig erhobener Gelder und Fälschung von Schriftstücken. Nachwürdig ist dabei der Umstand, daß dies hintereinander der dritte Bürgermeister von Oberberg ist, der durch das Urtheil des hiesigen Kreisgerichts des Amtes verliert. Der Verurtheilte hatte die Befestigung der beiden ersten selbst herbeigeführt. Nach dem Tode des Bürgermeisters Heudud, wählten im Jahre 1862 die Stadtverordneten den Lehrer Schmidt von der dortigen Bürgerschule. Obgleich die Befestigung desselben von dem damaligen Landrath entschieden befürwortet worden war, so gelang es doch dem Verurtheilten, als damaligen interimsistischen Bürgermeister, durch eine Denunziation bei der königlichen Regierung wegen angeblicher Majestätsbeleidigung im Jahre 1848, die Befestigung desselben zu verhindern und ihn auf die Anklagebank des hiesigen Kreisgerichts zu bringen. Derselbe wurde auf Grund falscher Zeugenaussagen zu 3 Monaten Gefängnis, unter Verlassung seiner Ehrenrechte, verurtheilt, vom königlichen Kammergericht jedoch freigesprochen. Die Stadtverordneten wählten inzwischen einen anderen Mann für dies Amt. Im Jahre 1868, also nach 6 Jahren, gelang es dem jetzt Angeklagten, auch diesen auf die Anklagebank und ins Gefängnis zu bringen, weil er eingegangene Feuerlassengelder zur Befreiung aus augenblicklicher Geldnoth verwendet hatte. Nun endlich gelangte er selbst in dieses Amt, in welchem ihn das traurige Schicksal — sagt die „Vossische Zeitung“, weil sagen das gerechte Schicksal — ereilen sollte, auf Veranlassung derselben städtischen Corporation, welche ihn so vertrauensvoll gewählt hatte. Der Mann kam übrigens billig genug fort, denn er wurde nur zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt.

— Erkneipe bei „Reichskanzlers“. In dem Kneipbericht, wo die Bierrede des Kanzlers über die Orientfrage „Mg“, bringt das „Veispiger Tagesblatt“ folgendes liebtlich angeführte Gerücht: „Interessant ist, daß der Fürst jene Mittheilungen ganz unaufgefordert und wider Erwarten machte. Das Diner, bei dem Fürst Bismard in jovialster Weise den Bierth machte, hatte um 5 Uhr begonnen und bis 8 Uhr gedauert; die Abgeordneten waren im Begriff, sich zu verabschieden, als der Reichskanzler sie fragte: „Kun, die Herren verabschieden sich schon?“ und schloß mit dem Satz: „Wollen Sie denn gar

berichtet folgende Geschichte: Ein Berliner Bürger, Belgischer Wilhelm Kopycki, wollte sich am Montag nach der Poliklinik begeben, um gegen seine Krankheit sich elektrifizieren zu lassen. Er sollte jedoch nicht dorthin anlangen, sondern auf einem andern Wege seiner Schmerzen quitt und ledig werden. An einer Straßenecke wurde er von einer Gummiräder-Equipage über den Haufen gefahren. Als nun hilfreiche Hände ihm gleich zur Seite waren und auch ein benachbarter Gastwirth sein Haus zur Verfügung stellte, kamen zwei Schutleute, die besser zu helfen wußten: der Mann mußte durchaus schwer betrunken sein. Sie führten ihn weg auf eine Polizeiwache und ließen ihn gänzlich hilflos in einem halbdukklen Gemach liegen. Am 5. Dezember früh gegen 6 Uhr starb das Opfer der Fahrlässigkeit in seinem Verliese liegend. Die Angst der Angehörigen, der Frau und des Sohnes des K. kann man sich denken. Mit diesem Unglück war es jedoch noch nicht genug: von dem Lokal der Bezirkswache auf dem Weidericher Markt wurde die Leiche nicht den Angehörigen verabsolgt, sondern zum Obduktionshause geschafft wider den Willen der unglücklichen Familie, von wo sie dieselbe erst am 6. Dezember Abends ausgehört erhalten gegen Zahlung von 12 M. 10 Pf. — Wir unterlassen es, besondere Anmerkungen an diese Thatsache zu knüpfen: sie gibt selbst Jedem zu denken genug.

— D welche Lust, Soldat zu sein! Die Begeisterung für den Dienst in der deutschen Armee spricht sich, wie häufig, so auch jetzt wieder, laut „Culmer Amtsblatt“, darin aus, daß eine Unmasse Militärschlichter wegen dieses Glücks die Flucht ergreift. Die Zahl der Verschickungsberichte seitens des Kreisgerichts von Culm erreicht die Höhe von 193, seitens des Kreisgerichts zu Bauen 65, Summa 258. Der „Crimmishauer Bürger- und Bauernfreund“ knüpft daran die Betrachtung, daß der deutschen Produktion 516 Arme entzogen seien: und trotzdem sind an dem Verfall unserer Industrie schuld — die Sozialdemokraten, wenigstens nach der Segnerpresse, die dem Militarismus das Wort redet.

— Wer hat das größte Risiko, der Unternehmer oder der Arbeiter? Eine bemerkenswerthe Antwort auf diese Frage ist das neue Unglück, das sich auf dem Windbergschachte im Plauenischen Grunde am vorigen Sonntag zugetragen und das Opfer von 27 Menschenleben gekostet hat. Ein böses Wetter hatte sie überfallen, nachdem Abends 8 Uhr ihre Einfahrt bewerkstelligt war. Die Explosion hat sie jedenfalls sofort getödtet. Gleich in derselben Nacht wurden Rettungsversuche gemacht, aber nur zwei noch Athmende wurden gefunden, die wohl kaum wieder genesen werden. Bei ihrem elenden Lohn und ihren traurigen Existenzbedingungen schweben diese Leute jeden Augenblick in Lebensgefahr; was will dagegen das „Unternehmer-Risiko“ der Fabrikanten bedeuten?

— Ein Gesetzeskenner recht eigener Art ist der Syndikus der Stadt Quadenbrück in dem hannoverschen Wahlkreis Osna-brück. Als in voriger Woche dort von Seiten eines unserer Osna-brücker Genossen eine Volksversammlung angemeldet wurde, in welcher der dort aufgestellte Parteigenosse Kuer sein Programm entwickeln sollte, erklärte der weiße Herr einfach: solche Versammlungen dürfe er nicht, und außerdem wären so wie so schon zwei Parteien (Centrum und liberal-conservativer Misch-masch) am Orte. Auf hierauf erfolgte Beschwerde bei der Landdrostei wurde der Herr Syndikus zwar telegraphisch angewiesen, der Versammlung nichts in den Weg zu legen, indeß der gute Mann erklärte: die Landdrostei hätte ihm nichts zu sagen, Quadenbrück habe seine eigenen Gesetze. Eine Beschwerde an die Regierung wird den Herrn wohl zu besserer Einsicht bringen.

— Zur Wählerlistencontrolo. Die „Berliner Freie Presse“ schreibt, daß viele Hauswirthe die ihnen zugekommenen Wählerlisten nicht in Umlauf gebracht und im Befragungsfalle geantwortet haben, sie hätten sie nicht bekommen. Nun fand es sich aber öfter, daß bei den Bezirksvorstehern die Namen dieser Herren Wirthe nebst ihren besser situirten Hausgenossen wohl eingetragen waren, nicht aber die der Proletarier der betreffenden Häuser. So in dem Hause Nr. 10 der Mariannenstraße, in welchem 40 wahlberechtigte Männer wohnen, von denen in der Liste nur 7, sage sieben, fortschrittliche Wähler eingetragen waren!

— Unsere Freunde in Stuttgart haben als Candidaten für die bevorstehenden Landtagswahlen Parteigenossen Duff aufgestellt.

— Wir erhalten folgende telegraphische Depesche aus Kopenhagen d. d. 15. Dezember: Ein Dammast-Weberstrick ist ausgebrochen in Wessels und Fialas Fabrik. Brüder, wir bitten Euch, meidet Kopenhagen. Das Strikecomité.

— Wir erhalten folgende Zuschrift: „Dr. med. Bär, der Arzt des Gefängnisses am Plözensee, ist Sanitätsrath geworden. Dieser preisgekrönte Musterdoktor, der noch von Freund Rost in seiner Broschüre „Die Bastille am Plözensee“ sehr glimpflich behandelt worden ist, hat diese Auszeichnung jedenfalls nicht wegen seines Auftretens den politischen Gefangenen gegenüber verdient. So wies er mich, als eine bereits fünfmonatliche Haft meinen Magen so geschwächt hatte, daß ich die Gefangenenloft nicht mehr verlassen konnte und mich im Lazarethloft an ihn wenden mußte, mit den Worten ab: „Wenn Sie nicht Schlösser hießen und kein politischer Gefangener wären, sondern preisgekrönter Muster-Kumpfmusch und die Mehlspinnen zu essen und mich mit dem Gedanken zu trösten, daß berüchtigte Hochstapler aus in der Öffentlichkeit nicht zu erörternden Gründen zur Schonung ihrer kostbaren Gesundheit von dem Arzte fast ohne Unterbrechung mit Lazarethloft bedacht werden. Da ich demnach die schlechte Behandlung, die mir in Plözensee zu Theil wurde, kritisch besprechen werde, so werde ich noch Veranlassung haben, das Gebahren des Herrn Sanitätsrathes Dr. med. Bär näher zu beleuchten.“

Mit sozialdemokratischem Grusse
Alexander Schlesinger.

Correspondenzen.

Cassel, 2. Dezember. Heute prangte an den Lissafäulen ein Plakat von einer zweiten Disputation zwischen dem Literaten Rippold und dem Schreiner W. Pfannkuch. So hat denn der Ruhm des Herrn Kutschbach, unseres zweiten Sparig, den ehemaligen Sozialdemokraten id nummehrigen Renegaten Rippold auf seinen materiellen Ertrags hoffe, so lautet der Bericht, so

Parteiausschuss der Eisenacher wegen mehrerer nicht besonders empfehlender Handlungen resp. Manipulationen auf Antrag der Mitglieder zu Hannover, wenn ich nicht irre, aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen wurde. Was diese Ausschließung noch mehr rechtfertigte, war der Umstand, daß Rippold ein Gnadengesuch an den Herzog von Gotha gestandt hatte wegen einer ihm im Jahre 1870 zuerkannten Gefängnißstrafe von drei Monaten. (Beiläufig hatte dieser selbe Rippold laut Congress-Protokoll vom Jahre 1869 mit dem bekannten österreichischen Polzeipolizist Wahlwasser an den Sozialisten-Congress den Antrag gestellt, die Partei nicht Sozialdemokratische Arbeiterpartei, sondern Sozialrepublikanische Partei zu nennen.) — Die Räume des Thalia-Theaters waren nur spärlich besetzt. Gegen halb 9 Uhr Abends trat Rippold auf die Bühne und erklärte, von einem allseitigen Ah — Ah — empfangen, daß die Versammlung baldigst eröffnet werde, daß gegenwärtig aber ein starker Andrang zur Kaffe sei (Lüge) und der Vertreter der Polizeibehörde noch nicht anwesend sei (Lüge), sowie auch das Bureau der Versammlung, aber es würde dieselbe jedenfalls bald eröffnet werden. Sprach's und verschwand hinter den Coullissen. Gegen 9 Uhr endlich erschien Rippold mit seinen Freunden wieder, und eine dieser sehr zweifelhaften Personen eröffnete die Versammlung mit Schellengelingel und richtete nach eingetretener Todtenstille die Aufforderung an die Sozialdemokraten, da das antisozialistische Tagespräsidium constituirt sei, ein gleiches ihrerseits zu wählen. Kein Laut erscholl. Dann erhielt Parteigenosse Pfannkuch zur Erklärung das Wort. Dieselbe lautete ungefähr folgendermaßen: Meine Herren, ich fordere die anwesenden Vertreter der Presse auf, diese meine Erklärung so wortgetreu als möglich wiederzugeben. Ich bin zu dieser Disputation erst gestern mittels eines Briefes des pp. Rippold eingeladen worden; eine Verständigung über die Disputation, wie mit Herrn Kutschbach, hat nicht stattgefunden. Daß also mein Name und der eines Parteigenossen und Freundes von mir auf den an den Lissafäulen angeklebten Plakaten, sowie in den Annoncen des hiesigen Blattes stehen, erkläre ich für einen Schwindel, der mit unseren Namen getrieben worden ist, da mir davon nichts bekannt gegeben wurde. Daß ich mit einer Person wie Rippold eine Disputation nicht eingehen kann und werde, geht schon daraus hervor, daß Rippold der Partei sechs Jahre als Agitator angehört und erst dann Renegat wurde. Am 7. November d. J. erklärte ich in der Disputation mit Herrn Kutschbach, daß es auch ein Lumpenproletariat gebe — zu diesem Lumpenproletariat zähle ich Herrn Rippold —, mit dem, das erkläre ich Namens meiner Partei, wird sich Niemand einlassen; dies halten wir unter unserer Würde, damit würde man sich nur schamhaft machen, auf solche Personen paßt das Sprichwort: „Wer Bock angreift, besudelt sich“. Meine Herren, mit jedem ehrlichen Mann, mit jedem Parteimann bin ich gern bereit, in die Disputation einzutreten. Ich bin auch nur hierhergekommen, um zu zeigen, daß ich so wenig wie jeder Andere meiner Partei mich vor der Öffentlichkeit fürchte, aber mit Personen wie Rippold lassen wir uns nun und nimmer ein. — Donnerer, nicht endemwollender Beifall lohnt Pfannkuch am Schluss dieser Erklärung. Die Mehrzahl der Versammlung, besonders die Parteigenossen, verlassen den Saal, der Rest, der blieb, erhebt einen solchen betäubenden Lärm, daß der überwachende Beamte die Versammlung auflöste. Damit endete, weil sich nun Alles in Ruhe und Ordnung entfernte, dies zweite Drama mit einem Erfolg, der unzweifelhaft ist. Unser Sparig-Kutschbach hatte gleich, dem Wetter nicht traugend, Rippold einen Brief mit Karte gesandt, des Inhalts, daß derselbe die Disputation, wenn möglich ohne Kosten, rückgängig machen sollte, und wie Rippold sich in öffentlicher Wirklichkeit rühmte, soll der Buchdruckerbeisitzer Gottselbst, Verleger des „Tageblatts“, demselben 150 M. versprochen haben für den Fall, daß er Pfannkuch widerlegt. Somit sind diese nicht verdient! Armer Rippold. Schreiber dieses war in Gesellschaft von mehreren Fabrikanten und Kaufleuten, wo man, nachdem derselbe ihnen auseinandergelegt hatte, was für ein Vögelschen R. sei, sagte, damit werde die ganze liberale Sache diskreditirt. Der Erfolg der Partei ist also nicht zu verkennen. Damit wird die Wahl Frids immer mehr gesichert. Mit Recht befristigt übrigens auch das „Tageblatt“, die Sache sei nur zu geeignet, den antisozialistischen Parteien Abbruch zu thun.

Darmstadt, 10. Dezember. (Zur Reichstagswahl im Wahlkreise Darmstadt-Großgerau.) Als uns vor einiger Zeit der Bericht über die in Frankfurt stattgefundene Landesversammlung der hiesigen Fortschrittspartei zu Gesicht kam, trauten wir kaum unseren Augen, als wir sahen, daß der den obengenannten Wahlkreis vertretende Abgeordnete, Oberstleutnant Welker, wiederum aufgestellt werden sollte, und zwar auf Anrathen des Herrn Bamberger, welcher sich dahin äußerte: daß es die liberale Fraktion gern sehe, wenn Herr Welker wiederum gewählt würde. Welche Vorzüge derselbe innerhalb des Reichstags an den Tag gelegt hat, um wiederum als Candidat aufgestellt zu werden, davon ist uns bis heute noch wenig zu Ohren gekommen. Beschränkte sich doch seine ganze parlamentarische Thätigkeit während der ganzen Periode einzig und allein darauf, für Herstellung eines neuen Postgebäudes in Darmstadt zu plaidiren, dagegen allen anderen, von Seiten der Regierung eingebrachten Gesetzesvorlagen, und wenn dieselben auch noch so sehr das Gepräge reaktionärer Strömung an sich trugen, schweigend seine Zustimmung zu erteilen. Die vor etwa einem halben Jahre stattgefundene Berichterstattung des Herrn Welker über seine Thätigkeit im Reichstage vor dem hiesigen Handelsvereine dürfte wohl einzig in ihrer Art dastehen, schon insofern, als derselbe nicht mehr denn 16 — sage sechzehn Personen anwohnten, somit seine ehemaligen Parteianhänger durch ihr Fernbleiben schon damals dokumentirten, daß sie auf seine Wieder-aufstellung besten Verzicht leisteten. Wenn die Landesversammlung letzteren Umstand nicht in's Auge faßte und Herrn W. trotz alledem wieder als Candidat aufstellte, und die deshalb an ihn gestellte Anfrage, ob er gewillt sei, das Mandat anzunehmen, bejahend ausfiel, so konnte dieses den Darmstädter Parteigenossen nur willkommen sein, um so mehr willkommen, als Herr Welker uns ja auch noch außerdem den Beweis lieferte (welcher als schätzbare Material für die Agitation dient), daß er die Verhältnisse, wie sie in Hessen obwalten, thatsächlich gar nicht kennt. Ein kleiner Beleg hierfür dürfte dieses zur Genüge beweisen. Nach der Berichterstattung erlaubte sich unser Parteigenosse Winkert den Referenten dahin zu interpelliren: welche Stellung er dem Hilfskassen-Gesetze gegenüber eingenommen habe; die Beantwortung der Interpellation fiel dahin aus: daß er demselben gegenüber keinen Standpunkt hätte einnehmen können, da in Hessen keine Hilfskassen beständen! O heilige Einfalt! — Die vor drei Wochen in Gießen zusammengetretene conservative Partei, welche nur durch Vertreter der Provinzen Oberhessen und Rheinhesen besetzt gewesen, beschloß, ebenfalls einen Candidaten in der Person des Herrn Dr. Nieger innerhalb unseres Wahlkreises aufzustellen. Wenn sie auch für diesmal auf keinen materiellen Ertrags hoffe, so lautet der Bericht, so

müsse man doch suchen, Boden zu gewinnen. Nun, wir wünschen viel Glück, hätten jedoch beiden Parteien gegenüber noch den zweiten Wunsch zu äußern, baldigst einmal öffentlich aufzutreten und nicht ihr Licht unter dem Scheffel leuchten zu lassen. Ob sie dies thun werden? Wir glauben kaum; könnte es ihnen ja doch sonst à la Kutschbach ergehen. — Die bis jetzt auf dem Lande, resp. in den Orten Arheilgen, Eberstadt, Grafenhausen, Abtersteden, Ober- und Nieder-Kamstadt, Rosdorf und Leenheim abgehaltenen Volksversammlungen, in welchen Parteigenosse Fleischmann aus Frankfurt referirte, berechtigten uns zu der Annahme, daß die diesmalige Reichstagswahl bedeutend günstiger Resultate aufzuweisen haben wird, als die vorhergehenden. — In einer hieselbst am 16. Oktober stattgehabten Volksversammlung referirte unser Parteigenosse Dreesbach über die beiden Themata: 1) die Aufhebung der Mittelschulen von der Stadtverordnetenversammlung und 2) Ausstellung eines Candidaten für den Reichstag. Ich unterlasse es, auf beide Punkte näher einzugehen, da ich hierdurch den Raum des „Vorwärts“ zu sehr in Anspruch nehmen müßte, bemerke jedoch kurz, daß sich Redner seiner Aufgabe meisterhaft entledigte. Die Ausstellung Rost's für den hiesigen Wahlkreis wurde einstimmig acceptirt. Am 3. November fand abermals eine Volksversammlung statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Geib aus Hamburg über das Thema: „Der Reichstag und die Sozialdemokratie“ referirte. Die außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung spendete dem Referenten den lebhaftesten Beifall und belaudete hierdurch ihr Einverständnis mit den Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Halberstadt. Arbeiter! Um Euch einen Beweis zu liefern, wie nothwendig das Einsehen der Wählerlisten ist, diene der Umstand, daß von 22 Mann, für die ich einjah, 5 Mann fehlten; wenn man hier von einem Gradmesser abnehmen dürfte, so fehlten 20 Prozent! Es ist also Jedermanns Pflicht, diese Listen selbst einzusehen oder bei einem von den Comitémitgliedern oder bei Herrn Bollmann, Badenstraße 63, seinen Namen vollständig mit Wohnung und Hausnummer spätestens bis Sonnabend Mittag abzugeben, damit von uns nachgesehen wird.

Robert Dahlen.

Celle. Die Wähler des 14. hannoverschen Wahlkreises, namentlich in den größeren Orten des Kreises als Burgdorf, Peine, Fallersleben, Weimerfen, Giffhorn u. s. w. werden aufgefordert, sich mit dem aiesigen Arbeiter-Wahlcomité in Verbindung zu setzen, um eine einheitlich geplante Agitation betreiben zu können.

Alle Zuschriften, Anfragen und Sendungen sind an W. Adresse 3. Stabe in Celle zu richten.

Die Braunschweiger Parteigenossen werden ersucht, uns der Agitation in Peine und Giffhorn nach Kräften unterstütz zu wollen.

J. Stabe.

Bremen, den 15. Dezember. Der hiesige Parteileiter, Herr W. Fried, hat während seiner Abwesenheit die Parteileitung unterzeichnet übergeben, daher alle Briefe, die auf die Parteileitung oder auf die Agitation von hier aus Bezug haben, an meine Adresse zu richten sind.

L. Henke, Neuenstraße Nr. 39.

Ferden, 6. Dezember. (Zur Wahlbewegung.) Damit die Gesinnungsgenossen ersehen, daß auch wir im 6. hannoverschen Wahlkreise mit seinen 148 Wählern eifrig daran sind, denselben für das sozialdemokratische Prinzip urbar zu machen, halten wir eine besondere Klarlegung der Verhältnisse für nothwendig. — Schon vor drei Jahren, als wir zum ersten Mal Herrn C. Wode als Candidaten aufstellten, ist es uns gelungen, 1350 Stimmen auf denselben zu vereinigen. Außerdem wurden (und wir glauben darin nicht zu irren) durch die Aufstellung unseres Candidaten über 11.000 Stimmen abgegeben, während in früheren Jahren höchstens 4—5000 Stimmen abgegeben worden sind. Daß aber unser Wahlkreis hinsichtlich seiner geographischen Lage einer der schwierigsten zu nennen ist, ist sehr begreiflich; deswegen auch ist unser erstes Resultat schon ein gutes zu nennen. Auch die haben wir es mit mancherlei Gegnern, namentlich aber mit der Nationalliberalen zu thun. — So sind wir denn, vereint mit den Achimer Genossen und einigen Vertrauensmännern in Bassus und Hemelingen, bestrebt, bei dem jetzt immer lebhafter entbrennenden Wahllampfe die Stimmengahl für unsern Candidaten, Herrn C. Wode wenigstens verdoppeln zu helfen. Ueberall an den Ortschaften, wohin wir kommen, sind wir willkommen Gäste. Man kann es den Leuten aus dem Gesichte ablesen, daß wir ihnen aus dem Herzen sprechen. Ständen uns nur die Mittel welche wir vor drei Jahren hatten, zu Gebote, so könnten wir es sicher bis zu einer Stichwahl schon diesmal bringen. Wir auch immerhin unser Ziel durch Nacht zum Licht langsam erreichen sein, so steuern wir doch sicher darauf los, bis wir erreicht haben. Ueberall fällt es den Leuten wie Schuppen von den Augen und dazu tragen die schlechten Zeitverhältnisse am meisten bei. — Das Central-Wahlcomité resp. die Gesinnungsgenossen mögen uns entschuldigen, wenn wir vorläufig für de allgemeinen Wahlfonds nichts thun können, indem wir so vollan angestrengt sind.

Aus dem 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreise. Am 14. d. M. fand zu Elmshorn eine stark besuchte Versammlung statt, in welcher über die Candidatur eines Reichstagsabgeordneten für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis definitiv Beschlus gefaßt werden sollte. Die Versammlung war berufen worden von Anhängern des nationalliberalen Professors Besele und daher die Sozialdemokraten von der Teilnahme an derselben ausgeschlossen. Dagegen waren die Mitglieder der Fortschrittspartei eingeladen. Diese, welche den liberalen Professor Seelig als ihren Candidaten öffentlich proklamirt hatten, schienen die Einladung so verstanden zu haben, daß auch ihre Ansicht gehört und eventuell zur Geltung gelangen sollte. Hier hatten sie sich aber gründlich geirrt. Es war lustig anzuhören wie die Herren Nationalliberalen es keineswegs als eine berechtigte Eigenthümlichkeit der Fortschrittler anerkennen wollten, an ihrerseits einen Candidaten aufzustellen, sondern in unverfroren Weise verlangten, daß sich die Anhänger der Fortschrittspartei ihnen einfach als sogenanntes Stimmvieh zur Verfügung stellen sollten. Natürlich wurde dieses lebenswürdige Ansuchen verjüdet durch den Hinweis auf die den „großen liberalen Prinzipien“ von Seiten der Sozialdemokratie drohenden Gefahr. Sei es aber, daß die anwesenden Fortschrittler überhaupt keine geringe Furcht vor Gespenstern hatten, oder daß sie d. Professor Besele nicht für die geeignete Persönlichkeit zur Bekämpfung derselben ansehen, genug, sie widerstanden der Vancungerei und verlangten energisch, daß festgestellt werde, wofür von den beiden Candidaten, ob Besele oder Seelig, die meisten Anhänger unter den Wählern im 6. Wahlkreise habe. Wahlcomité widersetzte sich diesem Antrage in echt „liberaler“ Weise.

Schlamm erging es einem hervorragenden Mitgliede der Fortschrittspartei, dem Schneidermeister Dels's aus Glüsta. Dieser verurtheilte zunächst die Candidatur Besele's mit d. Worten der „Frankfurter Zeitung“ zu bekämpfen: ob es etw. Nündereres geben könne, als das Gehändniß Besele's, er

eigentlich aus politischen wie aus wirtschaftlichen Gründen gegen das Gesetz, betreffend die Uebertragung der Eisenbahnen auf den Staat; er wolle aber dem Fürsten Bismarck ein Vertrauensvotum geben und deshalb für das Gesetz stimmen. Nach einer kurzen Entgegnung des Candidaten, der jenen Angriff unter Berufung auf die statistischen Berichte zu entkräften sich bemühte, behauptete Delfs, der Candidat Beseler habe für die Einführung des Dreiklassenwahlsystems gewirkt. Bei Erörterung dieses Gegenstandes verjette Redner den Nationalliberalen einige Seitenhiebe und bemerkte u. a., Fürst Bismarck sei „der angebetete Abgott des Liberalismus“. Dies schien die verwundbarste Stelle zu sein. Denn wie auf Commando erhob das Gros der Versammlung einen so entsetzlichen Lärm, daß wir den Fürsten Bismarck aufrichtig bedauern haben würden, wenn er selbst Zeuge dieses „lebhaften“ Ausdrucks der Verehrung für ihn gewesen wäre. Aus mehr als hundert liberalen Reihen erschollen wild durcheinander die Rufe „Kaus!“ und „Haut ihn!“, so daß unserm Herrn vom Fortschritt endlich die „liberale“ Atmosphäre zu schwer wurde und er vorzog, das Lokal zu verlassen.

Sterblich. 14. Dez. Vorgen Löbke ist eine Voruntersuchung eingeleitet, Termin hat statt am 19. d. M. vor dem Untersuchungsrichter. Warum? weshalb? unbekannt. Ihm ist kein Vergehen und Verbrechen bewußt. — Wird f. Z. näherer Bericht gegeben werden.

r. Chemnitz. im Dezember. An allen Orten des neuen Reiches ist der Wahlkampf bereits im vollen Gange; nirgends dürfte der Kampf erbitterter toben, als in einigen Wahlkreisen Sachsens, woselbst sich die reaktionären Parteien der „süßen Hoffnung“ hingeben, den Sozialdemokraten einige Wahlkreise zu entreißen. Während anderwärts die Liberalen und Conservativen sich uns gegenüber mehr passiv verhalten, scheinen die Reaktionäre im 15. und 16. Wahlkreis die Bismarck'sche Aufforderung, die Sozialisten zu bekämpfen, sich sehr zu Herzen zu nehmen. Unseren Agitatoren macht es große Freude, mit den liberalen Phrasenhelden nähere Bekanntschaft zu machen, doch wird diese Freude immer etwas herabgestimmt, wenn man tagtäglich ein und denselben Kohl, genau wie ihn Herr von Unruh in seiner Schwindel-Periode gepflanzt hat, vorgesetzt bekommt. Wo sind die geistigen Korporationen der Liberalen, die da Satz für Satz den Sozialismus widerlegen, die ihre „Geistesblitze“ leuchten lassen, um das „rothe Geipens!“ niederzuwerfen? All diese Helde, die gegen uns kämpfen, sie bewegen sich „träg und dumm, wie des Färbers Gaul im Ring herum“. Wehe dem sozialistischen Redner, wenn er vom allgemeinen Stimmrecht, Pressefreiheit, Hebung der Volksbildung zu sprechen sich erdreistet, kurz und gut, wenn er sein Programm wiedert; aus nationalliberalem Munde tönt ihm entgegen: „Das wollen wir auch“ — „aber — aber, das ist nicht Alles, was Ihr wollt“, und nun hebt man an, die „wahren Ziele“ der Sozialdemokratie zu enthüllen u. c. u. c. Die mancher Pfaffe Hölle und Teufel schildert und es dabei fertig bringt, daß manchem Schächden Angst wird, so kommt nun auch der liberale Sozialistenfresser und zeigt ein Sodom und Gomorrah, allwo die Sozialisten Pech und Schwefel, Petroleum und Feuer regnen lassen. Aber — wo bleibt da die Angst? Mit Entsetzen werden die Klopfflechter einer bereits banterott gewordenen Gesellschaft wahr, daß ihre geistlosen Gesichtschen das Hohngelächter der Juhörer wachrufen. Wie soll das auch anders sein? Wer mit u. diesen Farben austrägt, bringt kein gutes Gemälde zu Stande, sondern nur Schmiererei. Fühlen die Herren, daß sie geschlagen sind, so lamentieren sie über das „Talent“, das ihr Gegner besitzt, und nur diesem — geben sie an — müssen sie unterliegen. — Ich wollen sie in allem Anderen Sieger sein. O, du gute Mutter Natur, warum vertheilst du deine Gaben auch so ungleich und bist sogar so frech, die Sozialisten mit Talent auszuatzen! Wie hübsch wäre es, wenn auch diese Eigenschaft zu ihrer nationalliberalen gemacht werden könnte! Es ist merkwürdig, diese Leute räumen ein, kein Talent zu haben, wir beaupten, daß es ihnen auch an der nötigen Intelligenz mangle, — und wenn beides wahr ist, was bleibt da an unseren Gegnern? Nichts! Das merken sie auch, so viel Verstand haben noch, und darum ihr Donquixote-Kampf.

Ist es denn etwa geschickt, wenn im 9., 15. und 16. Wahlkreis, wo die Bevölkerung ihrer Mehrheit nach sozialistisch geartet hat, in liberalen Organen Jeder für dumm oder doch im Mindesten für nicht ganz gesund im Kopf erklärt wird, der eine Stimme einem Sozialisten gab? Tagtäglich kann man es hören oder auch lesen, und die Wirkung dieser Angriffe auf Verstand der Wähler werden die Reichstreuen am Wahltag spüren.

Im 9. Wahlkreis (Freiberg-Deberan), wo diesmal Fritzsche kandidirt, ist von Bahlteich, Wiemer, Schönhals, Mehlhorn, Weiß und Fritzsche mit Erfolg gewirkt worden, und haben sich die Gegner bereits mehrere Schlappen zugezogen. Die regste Agitation findet unzweifelhaft im 15. Wahlkreis, rankenbergr-Mittweida, statt, indem nicht nur von Bahlteich in Wiemer zahlreiche Versammlungen abgehalten wurden, sondern auch die dortigen Gegner den meisten Eifer vor allen übrigen Liberalen zeigen. Doch helfen wird's ihnen freilich nicht. Bahlteich hat fast in allen Orten seines Wahlkreises von gesprochen und die Niederlagen, welche den Liberalen schon reitet wurden und die ihnen noch drohen, dienen nicht dazu, ihnen n. Wahlkreis wieder zu gewinnen, den sie im Jahre 1874 verloren haben. — Der 16. Wahlkreis (Chemnitz) macht den Liberalen arge Kopfschmerzen, die 10,000 Stimmen der Sozialisten gegen ihnen von der letzten Wahl her noch schwer im Magen; drei Jahren suchten sie nach einem passenden Durchfall-candidaten, Dr. Eras mochte nicht mehr, Andere hatten auch ne Lust, und jetzt wollen sie mit dem Fortschrittmann Dunder's Peil probiren. Ob der uns wohl „aushungern“ will? Unverleibt wird Alles gethan, um Herrn Dunder, der sich selbst finden will, einen warmen Empfang zu bereiten. Frieren soll nicht, das ist gewiß. Rassenhaft besuchte Versammlungen, in denen außer Most auch Bahlteich und Wiemer referirten, be-lösten mit überwältigender Majorität die Wiederwahl Most's. e Liberalen, die auch opponirten und in einer Versammlung Neufkirchen sogar sechs Redner in's Feuer schickten, fielen inwendig rein.

Im 20. Wahlkreis (Schopau-Marienberg) hat unser Can-didat, Wiemer, bis jetzt ganz allein gewirkt, ohne auf Oppo-sition zu stoßen. Auch dieser Wahlkreis kann vielleicht diesmal an erobert werden, da die Bevölkerung mit ihrem bisherigen geordneten, Dr. Brockhaus, nicht mehr zufrieden ist. Was em Kreis fehlt, ist eine tüchtige Organisation, die sich mit Zeit schaffen läßt, wenn erst die notwendigen Verbindungen anden sind. Wo in den Gerichtsämtern Schopau, Ehren-ersdorf, Marienberg, Böblich, Wolfenstein, Uengefeld und da der Leser des „Vorwärts“ vorhanden sind, da mügen sie sich Karl Am Ende in Schopau, Felsenhalle 17, in Ver-bundung setzen, damit die Wahl mit Erfolg betrieben werden n.

Bleibt von den, dem Chemnitzer Centralcomité überweisen

noch der 21. Wahlkreis, Annaberg-Buchholz, zu besprechen. Auch in diesem hat die Sozialdemokratie an Boden gewonnen und haben in Annaberg, Buchholz, Eisenstod und Schwarzen-berg, sowie auf einer Anzahl Dörfer bereits Versammlungen stattgefunden. Die liberalen Hegeleien, die gewöhnlich dort vor-lamen, scheinen etwas nachgelassen zu haben, doch wollen wir den Tag nicht vor dem Abend loben. In dieser Woche geht Wiener wieder ebendahin, um noch einige Versammlungen ab-zuhalten. Inzwischen war auch Demmler aus Geyer, der dort candidirt, nicht mäßig, und wird dies auch ferner nicht sein. So erschließt sich nach und nach ein Gebiet nach dem andern dem Sozialismus. Es beweist die Wahlagitation mehr denn Alles die täglich wachsende Macht der Sozialdemokratie. Die Partei, die man zu den Todten werfen wollte, indem man in die Welt hinausposaunte, sie gehe rückwärts, diese Partei ist nunmehr in voller Rüstung auf den Kampfplatz getreten und führt, die Todtgegläubte, Schlag auf Schlag auf das herrschende Gesellschaftssystem, daß es in allen Fugen kracht, und der Phi-lister, der auf den Tod der Sozialdemokratie wartete, er wird erschrecken, wenn dieselben Zeitungen, die ihm den „Rückgang“ aufgebunden, ihm in den Januar Tagen 1877 melden müssen: Die Sozialdemokratie hat Sieg auf Sieg errungen und mit vielen liberalen Reichstagsgrößen tabula rasa (reinen Tisch) gemacht.

Flensburg. Den Lesern des „Vorwärts“, „Hamburg-Altonaer-Volksblatt“, „Wähler“, der „Neuen Welt“ und „Rothen Fahne“ wird hiermit kund gethan, daß Parteigenosse Leiding die Colportage für die genannten Blätter, sowie sämtliche sozia-listische Schriften auch nach Neujahr weiter betreiben wird; so-dann werden sämtliche Restanten aufgefördert, ihre Schuld bis zum 25. Dezember zu entrichten, widrigenfalls wir weitere Schritte thun werden, denn für bloße gute Worte sind auf der Post keine Bestellungen zu machen. Wer nicht bis zum 25. De-zember abbestellt, wird als bleibender Abonnent betrachtet. Parteigenossen Flensburgs, agitirt für die Arbeiter-Blätter! denn diese sind es vorzüglich, welche Aufklärung in die Massen bringen. Mit dem Zubringen der Zeitungen muß etwas Rück-sicht genommen werden, da Freund Leiding noch etwas unwohl ist. Etwas Klagen sind in das Bescheid-Buch bei Herrn Plagmann, Große Straße 45, einzutragen. Leiding wohnt Plankemay 861 und werden dort Bestellungen entgegen genommen.

An alle Partei- und Gesinnungsgenossen

erleihen wir in Nr. 76 des „Volksstaat“ v. d. Z. einen Aufruf betr. Unterstützung unseres kranken Genossen Rudolph. Beunruhigt die Opfermühseligkeit der auswärtigen und hiesigen Genossen beweisen, daß sie vollkommen gewillt waren, Rudolph in seinen kranken Tagen den doppelten Schmerz zu ersparen, indem sie dafür wirkten, das düstere Elend, die Nahrungsvorsorgen möglichst von ihm fernzuhalten, so ist doch, wohl durch die vielfachen anderweitigen Opfer, die die Genossen im harten Kampfe für die Menschenrechte zu bringen haben, in letzterer Zeit die Unterstützung für Rudolph unterblieben, und derselbe aller Erstensmittel für sich und seine Familie beraubt. Dieserhalb ergeht der Aufruf von Neuem an die Genossen, einen der bravsten und mü-thigsten Streiter für die Rechte des Proletariats in seinen Leidestagen vor Hunger zu schützen, wie er in seinen gesunden Tagen so viel ge-opfert für seine Mitmenschen. Der Name Rudolph ist bekannt in der Bewegung, seine Leistungen den Genossen nicht fremd. Durch die furchtbarsten Zustände der Gegenwart ist Rudolph so oft und so früh an's Krankenlager gefesselt und dadurch die Familie des Ernährers beraubt.

Reiße Jeder nach Kräften, damit der edle, langjährige Kämpfer gegen die Noth des Volkes in der Zeit, wo seine Arbeitskraft ge-brochen, nicht selbst das Nothwendige zum Leben entbehrt. Ersparen wir ihm den Kummer, sorgen wir dafür, daß derselbe nicht zu hungern braucht, wie er dafür gewirkt, seine Gesinnungsgenossen in ähnlichen Fällen vor Gleichem zu schützen. Alle Geldsendungen sind an Herrn Thomas Kühn, Niesenannger 6 in Erfurt, zu adressiren. Erfurt, den 12. November 1876.

NB. Alle Arbeiterblätter, speziell das „Panier“ und der „Vand“, werden um Abdruck des Obigen gebeten.

J. A.: J. A. Klute.

Berichtigung. In Nr. 34 ist in dem zweiten Absatz der Sozialpolitischen Ueber-sicht statt George Dandin zu lesen George Dandin. Es ist ein Auf-ruf aus einem französischen Theaterstück, und bedeutet „Du hast es selbst so gewollt, George Dandin“.

Briefkasten

der Redaktion. J. B. Redendorf: Dem unsinnigen Artikel in der „Gefenkirchener Zeitung“ ireten Sie am besten durch die Verbrei-tung der Brack'schen Broschüre „Nieder mit den Sozialdemokraten“ entgegen. — Hr. L. C. Leipzig: V. ist im Reichstage. Ihre Er-gänzung zu dem betr. volkswirtschaftl. Artikel findet rascheste Aufnahme. — Lesers Dank. — F. W. W. Glauchau: Eisenberg gehört zum preu-sischen Wahlkreise Bitterfeld-Deulitz; der Candidat unserer Partei ist Hermann Kamm, Buchdrucker in Leipzig. Der jetzige Vertreter heißt von Thilo. — Et. in Bremen: Beide Fragen sind zu verneinen.

Wegen Differenzen zwischen den Meistern und Arbeitern des Tischler-gewerbes wird vor Zugzug nach Hamburg gewarnt. Centralverwaltung des Bundes der Tischler und verwandten Berufsgenossen.

Den Parteigenossen diene zur Nachricht, daß sich auch hierorts ein Wahlcomité gebildet hat, und sind alle Briefe u. s. w. in Wahlange-legenheiten an den Vorsitzenden, R. Schulze, Cigarrenarbeiter, in Ruhwinkel, alle Geldsendungen an den Kassirer F. Dietmann, Cigarrenarbeiter, Fabrik Bornemann, zu adressiren. Osterwied, den 12. Dez. R. Schulze.

Jean Battensfeld ersuche ich dringend, wichtiger Familien-Ange-legenheiten halber, mir umgehend seine Adresse mitzutheilen. Frankfurt a. M. Carl Müller.

Quittung. Dnr Paris Ab. 880. Brill R. Schönborg Ab. n. Schr. 1280. W. Christophsgrund Ab. 2896. Schr. Lütkeheim Ab. 3,00. Jma Padamar Schr. 2,15. Hggrhe Schwabach Schr. 2,90. Dnr i. Biber Schr. 4,50. Wdnhe Goswig Schr. 3,70. Ritz Altona Ab. 22,50. Strich München Schr. 34,20. Hrbg Würzburg Ab. 25,00. Schmidt Walbachsch Schr. 2,85. Dnr Vorh Schr. 3,00. Hfar Carls-ruhe Schr. 2,40. Wdn Oberndorf Schr. 6,90. Pfrschr Hohenstein Schr. 11,50. Bhm Vera Schr. 1,70. Hthbr Penig Schr. 6,90. Pny Cuba Schr. 3,00. Rthme Uetzeren Schr. 12,50. Rnz Wien Ab. 10,00. Enst Rippes An. 1,50. J. Rrf London Ab. 30,60. Hfar Thonberg Schr. 12,00. Krtm Thonberg Schr. 3,00. Bttchr hier Ab. 4,45.

Cöln. Sonntag, den 24. December, Morgens 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokal des Herrn Erkelenz, Kämmerergasse 16:

Volksversammlung.

Tagesordnung: Vortrag von Hr. G. Schumacher. NB. Da in dieser Versammlung die Probenummer der „Cölner freien Presse“, welche zugleich als Flugblatt für die Reichstagswahl dient, vertheilt wird, so ist es daher Pflicht sämtlicher Gesinnungsgenossen des Stadt- und Landkreises zu erscheinen, weil dann das Blatt desto leichter verbreitet werden kann. Der Einberufer. [1,00

Hannover. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am 1. Weihnachtstage ein **Familienfest** in den Sälen des Hrn. Kortzen bestehend in **Concert, Ball u. Tannenbaum** mit Beschneerung für Kinder stattfindet. Diejenigen, die uns mit Geschenken an den Tannenbaum unterstützen wollen werden dieselben an H. Rudolph, Mittelstraße Nr. 11 abzugeben. (2a) [3,00 Die Fest-Commission.

Hamburg. Donnerstag, den 21. December, im Lokal des Hrn. Häbner, gr. Rosenstr. 37: **Geschlossene Mitgliederversammlung der Töpfer und Berufsgenossen.** Tagesordnung: Bericht des Fahnencomités und Verschiedenes. Es ersucht alle Mitglieder zu erscheinen G. Klaus. [70

Leipzig. Arbeiterbildungsverein. Mittwoch: Vortrag von Herrn Richter über Shakespeares „Julius Cäsar“. [30

Leipzig. Donnerstag, den 21. December, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Michaelis, Bindmühlstraße 7: **Öffentliche Sozialisten-Versammlung.** Tagesordnung: Sozialpolitische Rundschau. Referent Schiffl. Der Agent. [60

Lindenau. Arbeiterverein. Freitag, den 22. December, Abends 8 Uhr, im „goldenen Stern“: **Öffentliche Mitglieder-Versammlung.** Tagesordnung: Die Reichstagswahl und die Flugchriften Verbrei-tung. Es ist durchaus notwendig, daß sämtliche Mitglieder am Plaze sind. Ghele Keiner! Der Vorstand. [80

Hannover und Umgegend. Abonnements auf den „Vorwärts“, „Neue Welt“ werden ange-nommen, sowie sämtliche sozialistische Schriften sind in den Volks- und Mitglieder-Versammlungen und in meiner Buchhandlung, große Parlsing 19 zu dem im „Vorwärts“ bekannt gemachten Preise zu be-ziehen. [E. Peisch. [70

Todesanzeige. Wir machen hiermit allen Parteigenossen die trau-rige Anzeige, daß unser August Geneske am heutigen Tage seinen Kreislauf vollendet hat. [1,50 Rippes, den 14. December 1876. Die trauernden Hinterbliebenen.

Weihnachts-Mährchen. Wir haben noch einen kleinen Rest von **Der große Krach.** Ein Mährchen für große und kleine Kinder. Mit 2 lithograph. Bildern. Preis (für Parteigenossen): gebunden 50 Pf. Zu beziehen auch durch die Expedition des „Vorwärts“ in Leipzig, Färberstr. 12/11. Desgleichen die in unserem Verlage erschienenen

Sozialistischen Theaterstücke. Nr. 1. Ein Schlingel. — Nr. 2. Preßprozesse oder: Die Tochter des Staatsanwalts. — Nr. 3. Ein Opfer oder: Die Jesuiterei als Geschäft. Preise (ohne Porto): Nr. 1: einzeln Mk. 0,25. 5 Exempl.*) Mk. 1,50 „ 2: „ „ 0,25. 7 „ 1,40 „ 3: „ „ 0,40. 20 „ 6,00 Die mit * bezeichneten Partie-Exemplar-Zahlen entsprechen der Anzahl von Exemplaren, welche zur Aufführung erforderlich sind, wenn man dieselben zugleich an Stelle von ausgedruckten Rollen gebrauchen will, was sich als vorzüglich praktisch erwiesen hat. Ebenfalls auch durch die Expedition des „Vorwärts“ in Leipzig zu beziehen. Zürich. (2a) Volksbuchhandlung (S. Franz).

Achtung!

Sobden erschien: **Die Fackel.** Sozial-demokratisches Wahlflugblatt Nr. 19 für den 10., 11., 12., 13. und 14. sächsischen Wahlkreis. Inhalt: Die Krisis und die Reichsregierung. II. — Correspondenz. — Brief an die Redaktion der „Fackel“. Preis per Stück 5 Pf., Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt. — Bestellungen bei der Expedition des „Vorwärts“, Färber-strasse 12, Leipzig. Verlag der „Fackel“. Nr. 20 wird Dienstag 11 Uhr ausgegeben.

In unserem Verlage ist soeben erschienen und durch alle Buch-handlungen zu beziehen:

Der Kleinbürger und die Sozialdemokratie.

Ein Mahnwort an die Kleingewerbetreibenden von Johann Mosk. (Eine Gefängnisarbeit aus Pilsener.) 4 $\frac{1}{2}$ Bogen stark mit elegantem Umschlag. Preis 50 Fig., in Partien billiger. Inhalt: Die Noth des Vorurtheils. — Das Handwerk in der Vergangenheit. — Das Handwerk in der Gegenwart. — Des Hand-werfers Klagen über die Lohnarbeiter. — Illusionen. — Rothe Ge-spensker. — Revolutionsfieber. — Unsere Grundprinzipien. — Unsere politischen Forderungen. — Soziale Reformen. — Die Organisation der Klassen. Versendung nur gegen baar oder Postnachnahme. Bestellungen werden erbeten von der Volksbuchhandlung von J. Endres in Augsburg, oberer Graben G. 322.

Reichstagswahl!

Diejenigen wahlberechtigten Parteigenossen, welche in der Lage sind, am Wahltag in ihrem Bezirk als Wahlbeisitzer zu fungiren, werden ersucht ihre genaue Adresse dem unterzeichneten Wahlcomité so schnell als möglich zugehen zu lassen. Das sozialistische Reichstags-Wahlcomité. J. A.: Chr. Gadisch, Färberstr. 12.

Verantwortlicher Redakteur: W. Liebknecht in Leipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/11. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsdruckerei in Leipzig.